Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

15 Goldpfennige = 150 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Donnerstag.
29. November 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprechen Amt Nollendorf 4783—88, 5986—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ." erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezugspreis wöchentlich 1,60 Goldmark freibleibend.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,30 Goldmark = 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

29. 11. a | Nr. 555 | 150 Milliarden
62. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

Rat- und Entschlußlosigkeit.

Stegerwald will eingreifen.

Landtag und Reichstag.

Obwohl die Verhandlungen über die Frage der Kabinettsbildung im Reiche durch den gestrigen Beschluß der demokratischen Reichstagsfraktion jäh unterbrochen worden sind, wurden die Besprechungen der Landtagsfraktionen über die Anfrage der Deutschnationalen weitergeführt. Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten bereiten heute im Landtage über die Forderung der Deutschnationalen auf Auflösung der großen Koalition in Preußen. Die demokratische Fraktion lehnt es in einem Fraktionsbeschluß ab, jetzt auch noch in Preußen eine Regierungskrisis heraufzuführen. Die Deutsche Volkspartei will erst die Entwicklung im Reiche abwarten, ehe sie einen Beschluß faßt. Die Fraktion wird im Laufe des Nachmittags, wahrscheinlich nach Schluß des Plenums, noch einmal zusammentreten. Von Zentrum hat sich seine Stellungnahme ebenfalls noch vorbehalten. Doch zweifelt man vielfach daran, daß es die Auflösung der großen Koalition ablehnen wird.

Wie wir hören, der Reichskanzlerschatz aus dem Reichsamt erfahren, beabsichtigt Stegerwald, jetzt den Versuch zu machen, aus einzelnen Persönlichkeiten ein Kabinett zusammenzustellen und es dann dem Reichstag zu überlassen, sich mit diesem Kabinett abzufinden.

Rücktrittsgesuch Dr. Luthers.

Die Verantwortung ist nicht mehr zu tragen.

Der Reichsfinanzminister Dr. Luther hat an den Reichspräsidenten folgenden Brief gerichtet:

Hochgeehrter Herr Reichspräsident!

„Nachdem der Reichsregierung am vorigen Freitag, 23. November, durch den Reichstag das Vertrauen versagt war und sie daraufhin die Verfassungsmäßige Folgerung ihres Rücktritts gezogen hatte, sind die Mitglieder der zurückgetretenen Reichsregierung von Ihnen ersucht worden, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen. Ich bitte Sie, mich von der Weiterführung der Geschäfte nunmehr zu entbinden.

Der Grund für diese meine Bitte liegt darin, daß angesichts der tatsächlichen finanziellen Verhältnisse des Reichs jetzt Entscheidungen getroffen werden müssen, die von einer nur geschäftsführenden Reichsregierung und einem nur geschäftsführenden Reichsfinanzminister nicht getroffen werden können, weil es sich um Entschließungen von höchster politischer Tragweite handelt.

Besonders der Zeitpunkt, an dem die für das besetzte Gebiet zur Fortführung der Erwerbslosenfürsorge und Weiterleistung einiger anderer Zahlungen ausgewiesenen 100 Millionen Rentenmark erschöpft sind, nicht so weit herne, daß nur eine verantwortliche Reichsregierung die erforderlichen Entschließungen fassen kann. Durch den seitens des Reichstags herbeigeführten Rücktritt der Reichsregierung sind alle vorbereiteten außen- und innenpolitischen Schritte zur Regelung dieser Fragen nicht im ihrem Wesen nach nur politisch zu führenden Frage ins Stocken gekommen.

Auch die Zahlungen für die Besatzungsmächte, die überaus hoch sind, laufen während dieser ganzen Zeit ohne Deckung durch den Uebergangshaushalt weiter, während die verschiedenen fortdauern Lage gerade dazu hätten dienen müssen, je nach den Richtlinien der Politik Verhandlungen oder andere Schritte auf beiden Wege einzuleiten. All diese Vorgänge bedeuten obendrein für das besetzte Gebiet eine Fortdauer des bisherigen Zustandes der Unklarheit über das Ausmaß der Leistungen, die das Reich angesichts seines finanziellen Zusammenbruches überhaupt noch bewirken kann. Das besetzte Gebiet hat aber ganz gewiß ein Recht auf Klarheit.

Für das finanzielle Weiterleben des Reichs, wenn auch auf schmaster Grundlage, ist es ferner von entscheidender Bedeutung, daß im Monat Dezember bereits wenigstens neue Einnahmen fließen. Die sachlichen Vorbereitungen für solche Einnahmesteigerungen sind, besonders auch durch Verhandlungen in den Reichsratsausschüssen, zum Abschluß gebracht. Der nunmehr dringendst notwendige Entschluß über die weitere politische Behandlung der Angelegenheit kann aber nicht gefaßt werden, weil eine politisch verantwortliche Regierung nicht vorhanden ist.

Auch alle Maßnahmen zur Ausgabenbeschränkung, die ebenso dringend sind, erfordern als notwendigen Schwerpunkt, letztendlich sie nicht mehr von einer verantwortlichen Regierung getragen werden.

Das Gesamtbild unserer Finanzen aber ist, wie ich am Donnerstag, den 22. d. Mts., im Reichstag ausführlich dargelegt habe, derart, daß ein Schwelgzustand wie der jetzige die dringende **Gefahr einer Vernichtung der letzten Hoffnungen** bedeutet. Da ich, der ich aus meiner amtlichen Arbeit heraus sieht umgebenere Gefahr täglich deutlicher sehe, meine Mitwirkung an dem durch das Fehlen einer verantwortlichen Regierung entstehenden Unheil, obwohl diese Mitwirkung nur die mehr passive eines geschäftsführenden Ministers ist, vor dem deutschen Volke, das durch den regierungslosen Zustand schwerste finanzielle Opfer bringt, nicht mehr tragen kann, so wiederhole ich meine Bitte um Entbindung von der Weiterführung der Geschäfte.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster ausgezeichnetsten Hochachtung bin ich, hochgeehrter Herr Reichspräsident,

Ihr sehr ergebener
gez. Dr. Luther.

Berliner Kurse vom 29. 11:

1 Dollar amtlich: M 4200 Milliarden
Zuteilung 1 %
1 Pfund amtl: M 18400 Milliarden
Zuteilung 1 %
1 Goldmark M 1000 Milliarden
Goldanleihe: 4200 Milliard. Mk. nom.
Dollarschatzanw.: — G.

Französisches Erpressungsmanöver

Poincarés Triumph über England.

London, 29. 11.

Der diplomatische Korrespondent der „Daily Mail" schreibt, obwohl die augenblickliche Spannung zwischen Frankreich und England noch nicht beigelegt sei, habe Poincaré doch die Absicht, das endgültige Abkommen mit England in eine neue Entente cordiale zu verwandeln.

Poincaré habe am letzten Montag bereits den Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten von diesen Plänen Mitteilung gemacht. Bei seinen Verhandlungen mit England habe Poincaré erklärt, daß sich Frankreich bei seiner „Aktion" gegen Deutschland nicht von dem Wunsch leiten lasse, Deutschland zu vernichten, (?) sondern lediglich von dem Wunsch, Zahlungen zu erhalten und seine Sicherheiten garantiert zu sehen.

Wenn es gelingen sollte, ein Einvernehmen mit England aufzubauen, dann sei es die freie Durchfahrt der Ententeschiffe durch das Mittelmeer und durch das Rote Meer gesichert. Anderserseits werde England gegen deutsche Luftangriffe geschützt sein. Ein Abkommen bei dem Frankreich im Besitz von Mainz, Kehl und Kehlheim und der Nordküste Afrikas und England im Besitz von Gibraltar, Malta und Cypern sei, gestatte den Ententeschiffen die volle Kontrolle des Mittelmeers. In der Nordsee bestehe eine Gefahr nur durch die deutschen Luftangriffe auf England. Deutschland Luke Baumwolle und Leder und die Sowjetregierung Luke Kofferexerplatze, die Deutschland zur Verfügung gestellt würden. Durch ein französisches englisches Abkommen würde dieser Gefahr begegnet. Wäre es den weiteren gelungen, mit England zu einem Einvernehmen über die Ruhrindustrie zu gelangen (!), so wäre eine Kontrolle der deutschen Industrie gemährleistet und England eines gefährlichen Gegners für die alliierte Industrie lediglich. In Paris hoffe man, die Reparationskommission werde sich mit dem zwischen der Micum und den deutschen Industriellen geschlossenen Abkommen vorläufig noch nicht beschäftigen, damit Frankreich inzwischen Gelegenheit habe, sich mit Englands über die strittigen Punkte zu einigen. Insbesondere über den Artikel 17 des Abkommens, der die Herausgabe der Kohlensteuer zu der Deckung für die Besatzungskosten vorsehe.

*

Die „Daily Mail" entwickelt sich immer mehr zum reinen Propagandaorgan Poincarés auf englischem Boden und in englischer Sprache. Die in der obigen Meldung wiedergegebenen Ueberlegungen, lassen jedoch in Bisher nicht dagewesener Offenheit die Maske fallen und bringen unverhohlen zum Ausdruck, wohin die Politik eines Lloyd George, eines Bonar Law und Baldwin nunmehr geführt hat. Nun soll gezeigt sich die Folgen der von England getriebenen „wohlwollenden Neutralität", besonders gegenüber dem französischen Bestreben, den Ruhreinfall. Die Meldung zeigt, daß Frankreich auch außerhalb Europas die schwächliche Außenpolitik Englands zu nutzen versteht, um dem britischen Imperium Schwierigkeiten zu bereiten, Schwierigkeiten, welche die „Daily Mail" mit dem Mantelchen des englisch-französischen Zusammengehens zu umfleiden versucht. Die Wirklichkeit ist das ganze ein Erpressungsmanöver, das im Kern die hündige Forderung bedeutet: Zeige dich mir fügsam in Europa und ich werde dann abfehlen, die außerhalb Europas Ungelegenheiten zu bereiten.

Die Verteilung der Kohlensteuer.

S. Paris, 29. 11. (Eigenbericht.)

Der Brüsseler Korrespondent des „Oeuvre" meldet aus Brüssel, daß man in belgischen offiziellen Kreisen kaum noch damit rechne, daß die Frage der Verteilung der Kohlensteuer jetzt von der Reparationskommission entschieden werden würde, sondern daß man sich von einem Zeitgewinn viel versprechen, um spätterhin dann um so rascher (?) die Einigung zu erzielen. Auch in Brüssel, so meldet weiter das „Echo de Paris" sehe man jetzt den positiven Widerstand als vollkommen beendet an. Die belgische Regierung betrachte das Ruhrgebiet nicht als Feindesgebiet. Man beabsichtige vielmehr in Brüssel, die Besatzungstruppen möglichst zu verringern und zwar nicht zuletzt auch aus innerpolitischen Gründen, da die vier Monate längere Militärdienstzeit der Regierung nur vom Parlament nur im Vertrauen auf ihre Ruhrpolitik zugebilligt worden ist.

In Brüssel sind gestern unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Theunis eine wichtige Besprechung von belgischen und französischen Bankdirektoren als Vorbereitung für die Schaffung einer „belgischen Bank" statt.

Preußischer Landtag.

Der Landtag hielt Donnerstag mittag eine kurze öffentliche Sitzung ab. Auf Vorschlag des Geschäftsordnungsausschusses wurde die sofortige Haftentlassung der bei den Dienstagsdemonstrationen verhafteten kommunistischen Abgeordneten Frau Wolffstein beantragt. Dieser Beschluß wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gefaßt.

Eine Reihe kleinerer Vorlagen wurde rasch erledigt. Die Oberschrift über die finanzielle Hilfe der Universität Frankfurt a. M. wurde dem Hauptausschuß überwiesen. Damit war die Tagesordnung bereits erschöpft. Nach dem scharfen kommunistischen Reklamerummel vertagte das Haus die weitere Beratung kleinerer Vorlagen auf Freitag, 12 Uhr.

Die Goldgehälter der Beamten.

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Beamtenspitzenorganisationen über die Umstellung der Gehälter auf Goldmark sind einstweilen ausgesetzt worden. Man ist im Finanzministerium der Ansicht, daß die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, wie sie hierbei nötig sein würde, erst von den neuen Kabinett gefällt werden kann. Der Beschluß der Senkung der Reichsbahnlöhne am 10. Dezember zur Sprache kommen.

Die Beratungen in London.

Eisenbahnfrage und Kosten der Besetzung.

A. London, 29. 11. (Eigenbericht.)

Die Ergebnisse der Londoner Beratungen der Sachverständigen werden weiterhin sorgsam gehütet. Aus Andeutungen der offiziösen Presse ist lediglich zu erkennen, daß die Eisenbahnfrage eine Zusammenarbeit mit der Regie ins Auge gefaßt wurde, und zwar auf der Basis der für den internationalen Zugverkehr üblichen Methode. Die Frage der englischen Besatzungszone dürfte demnächst als politische Grenze betrachtet werden. In bezug auf die Kosten der Ruhrbesetzung scheint sich nach neueren Informationen des „Daily Telegraph" auf englischer Seite eine Auffassung durchzusetzen, die die Frage der Herstellung eines Kompromisses mit Paris möglichserweise offen ließe. Insbesondere wird erklärt, daß England an den von Deutschland geleisteten Schadlieferungen im Augenblick nicht sehr interessiert sei, besonders da sie in einer Linie zur dieser belgischen Prioritätsansprüche verwendet werden sollten. Offenbar ist man in London bestrebt, Belgien in der Angelegenheit einzuschalten, um für die kommende Auseinandersetzung die Einheitsfront zwischen Paris und Brüssel zu schwächen. Die Kenntnisse für England liegt, wie wiederholt betont wurde, darin, daß niemand über den Widerspruch hinwegkommen kann, aus der für ungeeignet erklärten Besetzung einen gewissen Anteil zu verlangen.

Im „Daily Telegraph" wird die Meinung eines englischen Sachverständigen wiedergegeben, welcher der Ansicht ist, daß sich dieser Widerspruch nicht lösen lasse. Es wäre daher das beste, wenn die aus der Ruhr kommenden Leistungen der Reparationskommission zugeführt würden und die französischen Besatzungskosten nicht von der deutschen Industrie, sondern von der Reparationskommission getragen würden. Das Blatt fügt die überflüssige Bemerkung hinzu, daß England jedenfalls keine Beunruhigung habe, die deutschen Interessen stärker zu vertreten, als dies durch Deutschland selber geschehe. Die ganze englische Ruhrpolitik wäre lächerlich nicht dazu angetan, eine solche Hoffnung in Deutschland zu erwecken. Man werde aus deutscher Seite vielmehr schon sehr zufrieden sein, wenn durch die kommende Politik Englands die Lage Deutschlands zwar nicht erleichtert, aber wenigstens nicht noch mehr erschwert werde.

England und die Militärkontrolle.

A. London, 29. 11. (Eigenbericht.) Von amtlicher englischer Seite wird in einer Erklärung an die Presse bestimmt, daß die in Pariser Blättern verbreitete Behauptung, England lege erst die Tätigkeit der Militärkommission in Berlin keinen Wert beigegl. unsere Meldung im Mittwoch-Abendblatt: England gegen die Militärkontrolle" — Z. Red.), nicht richtig sei. Die englische Regierung erkennt im Gegenteil die Bedeutung der Entwaffnungsfrage ausdrücklich an. Es sei beabsichtigt, feinerlei Mißverständnisse darüber bestehen zu lassen, daß die englische „Vertrag"-bestimmungen nach englischer Auffassung von Deutschland erfüllt und die dafür notwendigen Kontrollmaßregeln durchgeführt werden müßten.

General Bingham habe lediglich in Uebereinstimmung mit den Pariser Botschaften die Instruktion erhalten, daß die Kontrolle vorläufig nicht in sieben Gebieten durchgeführt werden soll, wo die Sicherheit der alliierten Offiziere gefährdet erscheine.

Baldwin-Sohn gegen Baldwin-Vater

London, 28. 11. (T. U.) Oliver Baldwin, der sozialistische Sohn des Ministerpräsidenten, betätigt sich eifrig an der Wahlkampf und kann sich dabei in zahlreichen Angriffen gegen die Regierung und die Politik seines Vaters nicht genug tun. So sprach er gestern in Buckingham vor 1500 Personen in einer Wahlversammlung der Arbeiterpartei und erklärte, die jetzige Regierung habe noch nichts anderes getan, als die Hände zu ringen. Eine solche Ruhepolitik sei gewissenlos. Die Regierung spreche jetzt so viel von Schutzmaßregeln, die sie zum Wohle des Landes ergreifen wolle. Die beste Schutzmaßregel sei seiner Meinung nach die, die das Volk von einer solchen Regierung wie der gegenwärtigen schütze.

Ein „lateinischer Block"?

S. Paris, 29. 11. (Eigenbericht.) Gestern nachmittag 4 Uhr hat das spanische Königspaar, wie bereits gemeldet, von Neapel aus die Rückreise angetreten.

In der französischen Presse finden sich täglich neue Informationen über die italienisch-spanischen Verhandlungen in Rom. So will heute der „Ami du Peuple" wissen, daß Rom und Madrid die Schaffung eines „lateinischen Blockes" beabsichtigen, dem sich auch mehrere lateinamerikanische Republiken anschließen und die dann sämtlich aus dem Völkerbund ausscheiden würden.

Anderserseits wird aus Rom gemeldet, daß der gestrige italienische Ministerrat sich damit einverstanden erklärte, daß das neue spanisch-italienische Handelsabkommen, das am 10. Dezember ab in Kraft tritt. Das Kabinett billigte ebenfalls den am 15. November in Madrid abgeschlossenen Schiffahrtsvertrag zwischen beiden Ländern. Beide Beschlüsse werden dem Parlament in kürzester Frist vorgelegt werden.

Arbeiten des Völkerbundes.

Paris, 29. 11. (T. U.) Das Generalsekretariat des Völkerbundes in Genf hat die Einberufung der juristischen Spezialisten auf den 18. Januar anberaumt. Die Juristen sollen die Zuständigkeitsfrage des Völkerbundes bei den letzten Zwischenfall zwischen Griechenland und Italien ausgeworfen werden war. Diese Untersuchung wird auf den 1. Dezember anberaumt, wurde aber auf Antrag des englischen Delegierten des Völkerbundes auf den 18. Januar verschoben.

Das Finanzkomitee des Völkerbundes hat seine Arbeiten über die Anleihe, die Ungarn gewährt werden soll, abgeschlossen. Der Bericht hierüber wird nunmehr dem Völkerbund zugehen und in der nächsten Tagung des Völkerbundes am 10. Dezember zur Sprache kommen.

Die Arbeitswiederaufnahme im Ruhrgebiet.

Widerstände gegen den Zehn-Stunden-Tag. — Wertbeständiges Notgeld.

a. Essen, 29. 11. (Eigenbericht.)

Auf den Thyssenschen Werken stellen sich der Wiederaufnahme der Arbeit, für welche der Thyssen-Konzern die Einführung der vor dem Kriege üblichen Arbeitszeit zur Bedingung machte, Schwierigkeiten entgegen. Die Zahl der Arbeitswilligen nimmt unter dem Druck der gegen die verlängerte Arbeitszeit gerichteten Agitation ständig ab. Auch auf der August-Thyssen-Hütte, wo der Betrieb in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden soll, wird die geschlossene Arbeitszeit verlangt.

Es verlautet, daß die noch besetzten Werke in den nächsten Tagen freigegeben werden. Die Verwaltung der Thyssen-Werke beabsichtigt, die Arbeiter in eigenem wertbeständigen Notgeld zu bezahlen, das durch Devisen und Sachwerte gedeckt sein soll. Die Ausgabe von Devisenscharfer hat.

Sonderabkommen mit der Micum.

Paris, 29. 11. (W. T. B.) Nach einer Paris-Meldung aus Koblenz sind im Rahmen des allgemeinen Abkommens vom 24. November Sonderabmachungen mit folgenden Firmen getroffen worden: Thyssen, Gute-Hoffnungs-Hütte, Mannesmann, Emscher-Lippe, Konkordia der Grube, Harpener und Heinrich Ueberzuhr. Die Verhandlungen mit den Braunkohlenfabriken werden fortgesetzt. Hinsichtlich der Reparationslieferungen und der Kohlensteuer sei mit den Syndikaten eine Verständigung erzielt worden.

Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Düsseldorf: Von der Micum ist die Genehmigung erteilt worden, mit sofortiger Wirkung täglich 2500—3000 Tonnen Kohlen, also etwa drei Züge, nach Holland abrollen zu lassen. Die Zulassung dieser Lieferung bedeutet, daß etwa acht Schachtanlagen wieder in Gang gesetzt werden können.

Pressenebelung.

rw. Essen, 29. 11. (Eigenbericht.) Das ursprünglich bis zum 27. November lautende Verbot der „Rheinisch-westfälischen Zeitung" ist auf unbestimmte Zeit verlängert worden.

Der Notgeldwirrwarr im Ruhrgebiet

rw. Bochum, 29. 11. (Eigenbericht.) Der Notgeldwirrwarr hat bedenkliche Formen angenommen, da die Reichsbank seit gestern kein Notgeld mehr annimmt. In der Bevölkerung laufen noch Mietergenossen von Notgeld um, das nun nicht mehr in Ware umgesetzt werden kann. Die Weigerung der Geschäftswelt Notgeld anzunehmen, das von außerhalb ist, hat mit zu den schweren Unruhen und Plünderungen geführt.

Zwischen den Handelskammern des Industriebezirks haben Verhandlungen stattgefunden, mit dem Ziel, einen wertbeständigen Notgeld für das neubesetzte Gebiet, die sind aber ergebnislos geblieben. Die Landesbank Münster hat es abgelehnt, wertbeständiges Notgeld herauszugeben.

Es haben nun erstaunlicherweise Verhandlungen mit der Landesbank Düsseldorf stattgefunden, die bereit ist, wertbeständiges Notgeld für das ganze besetzte Gebiet herauszugeben. Die Währungsbank unterstützt das Vorgehen. Die Berliner Stellen haben nun die Entscheidung.

Bemerkenswert ist, daß der französische Divisionskommandeur der 47. Division (Koblenz), General Degoutte, gebeten worden hat, daß man ihm einen Notgeld in seinem Besitz als gesetzliches Zahlungsmittel angenommen werden muß; andere Kommandeure werden wohl folgen, so daß ein Ende des jetzigen Wirrwarrs der Handel und Handel und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln äußerst erschwert, noch nicht abzusehen ist. Verschiedene Städte haben Notgeld-Sammel- und Umtauschstellen eingerichtet, um die Bevölkerung vor Nachteilen zu schützen.

*

Es wird der Reichsbank vielfach zum Vorwurf gemacht, daß sie das besetzte Gebiet nicht genügend mit Banknoten versehen habe. Dabei wird nur leider immer wieder vergessen, daß Franzosen und Belgier durch ihre forlgesetzten Geldbeschlagnahmungen den furchtbaren Zustand hervorgerufen haben. Wenn sie jetzt dem Notgeld den Charakter als gesetzliches Zahlungsmittel beilegen, weg das von den hungernden Massen vielleicht als Wertbeständigkeit empfunden werden. Ist Wahrheit bedeutet es natürlich nichts anderes als die Fortsetzung der Zerrüttungspolitik mit anderen Mitteln.

Rentenmark im Postscheckverkehr.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten wird der Postscheckverkehr in der Zeit von vom 13. bis 15. Dezember auf Rentenmarkumgestellt. Vom 17. Dezember ab werden die Postscheckkunden über ihre Guthaben in Rentenmark verfügen können. Die Stammeinlage für ein Rentenmark-Konto wird auf fünf Rentenmark festgesetzt. Zahlkarten, Ueberweisungen und Schecks müssen auf Rentenmark lauten. Bei Einzahlungen werden neben Rentenmark bis auf weiteres auch die Anleihestücke zum Kurs Dollar (21 Goldmark) der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches in Zahlung genommen. Die Schecks werden in Rentenmark ausgegeben. Das aus den Postscheckkonten vorhandene Guthaben wird bis zu einer vom Reichsfinanzminister noch festzusetzenden Höchstgrenze zu dem am Morgen des 14. Dezember geltenden amtlichen Kurs in Rentenmark umgerechnet. Der diese Höchstgrenze übersteigende Teil des Guthabens wird in Papiermark zurückgezahlt. Die Konten der Postscheckkunden, die die Umstellung ihrer Konten auf Rentenmark nicht wünschen und die dem Postscheckamt bis zum 11. Dezember mitteilen, werden nach Rückzahlung der etwaigen Guthaben geschlossen. Einzahlungen auf Zahlkarte für Papiermarkkonten werden am 13. Dezember ab nicht mehr angenommen.

Oesterreichs Hilfswerk für Deutschland

Staatliche Unterstützung abgelehnt.

Wien, 29. 11. (W. T. B.)

Der Finanz- und Budgetausschuß verhandelte gestern den Antrag Seipel (Soz.), der treffend eine Spende von 10 Milliarden Kronen für die Notleidenden Deutschlands. Berichterstatter Dr. Dannenberg begründete diesen Antrag, indem er auf die gebrechlichen primitiven Verhältnisse für Deutschland hinwies, denen sich die Länder und Gemeinden angeschlossen hätten.

Bundeskanzler Dr. Seipel,

der sodann das Wort ergriff, verwies auf die allgemeine Hilfsbereitschaft des österreichischen Volkes für die Notleidenden Deutschlands und erklärte, auch in Zukunft solle alles unternommen werden, sowohl von seiten des Nationalrates als auch von seiten der Regierung, um die vielen Hilfsaktionen für die notleidende Bevölkerung im Deutschen Reiche zu fördern. Wir wollen, erklärte der Bundeskanzler, unsererseits alles tun, damit diese Hilfsaktionen nicht erlahmen und werden natürlich nicht versäumen, dabei immer darauf hinzuweisen, daß es ja auch ein Gebot der Dankbarkeit für die uns in den Zeiten der Not geleisteten Dienste ist. In dem Augenblick, in dem Nationalrat davor steht, die Staatseinnahmen zu erhöhen und die Ausgaben für die eigenen Bedürfnisse, je selbst Ausgaben für die notleidenden Kreise der eigenen Bevölkerung drosseln zu müssen, erlaubt es die notwendige Rücksicht auf unsere eigene Wirtschaft und auf die eigene Bevölkerung nicht, aus Staatsmitteln bezeitige Spenden, wie sie der Antrag verlangt, den Bewohnern eines anderen, wenn auch noch so nahen Staates, zu machen.

Ich bitte daher den Ausschuß zu überlegen, ob er nicht den vorgelegten Antrag, der mit den Grundsätzen einer notwendig auf herste Sparsamkeit eingestellten Staatswirtschaft nicht in Einklang zu bringen ist, umgehen will auf eine Art, in der er erreichen kann, die in Deutschland auf Hilfe angewiesen sind, das, was hier beantragt wurde, und mehr zu sichern, aber immer auf den Schutz der Österreichischen Bevölkerung selbst und nicht durch einen Beschluß des Parlaments auf Kosten des Staatshaushalts.

Nach längerer Debatte, in welcher von allen Rednern der Sympathie und Dankbarkeit für die deutschen Stammesbrüder Ausdruck gegeben wurde, wurde folgender von den Großdeutschen Abgeordneten Dr. Waber im Einvernehmen mit dem Abgeordneten Dr. Ohdenall gestellten

Antrag angenommen:

Die schwere und entsetzliche Not, die über Deutschland hereingebrochen ist, geht der Bevölkerung Oesterreichs bis ins Mark. Der ihr von Oesterreich in ihrer Not geleisteten Hilfe gedenkt, sich gerne. Da aber der österreichische Staat infolge seiner politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in der Lage ist, den Bundes wegen der reichsdeutschen Bevölkerung wirksame Hilfe zu leisten, wird die Bundesregierung aufgefordert, die Hilfsorganisationen der Bevölkerung zu unterstützen, ihren Erleichterungen zu gewähren und an die Hilfsbereite Bevölkerung Oesterreichs unter Berufung auf den Beschluß der Volksvertretung mit der Bitte heranzutreten, die höher bekannte Hilfsbereitschaft weiter zu betätigen, die bereits eingeleiteten Aktionen zur Hilfeleistung fortzusetzen und anzuregen und durch weitere Schritte der bereits erfolgende Unternehmungen zur Linderung der großen Not in Deutschland wirksam beizutragen.

Diese Antrag wurde mit Ausnahme des Satzes: „Da aber der österreichische Staat infolge seiner politischen usw. bis wirksame Hilfe zu leisten" einstimmig, dieser Satz dagegen mit Mehrheit angenommen.

*

Die Wiener Kinderschutz- und Rettungsgesellschaft hat dem Deutschen Zentralausschuß für die Auslandshilfe (E. V. erfolgt, als Treuhänder für eine von der genannten Gesellschaft in Berlin einzurichtende Kinderfürsorgestelle für etwa 400 bis 500 Kinder zu fungieren. Die Vertreter der Gesellschaft, Herr Joh. Grimm-Feldegg und Frau Wilhelmine Wolf und in Berlin eingetroffen und haben die erforderlichen Vereinbarungen mit dem Berliner Ausschuß für Kinderspeisung und Auslandshilfe und dem Berliner Jugendamt getroffen.

Forderungen Amerikas aus dem Kriege.

e. New York, 29. 11. (Eigenbericht.) Die gemischte Kommission hat die über mäßigen Forderungen des Stahltrusts, der Costarika Union Bergwerksgesellschaft und der Süd Portorico Zuckergesellschaft abgewiesen, die eine halbe Million Dollar überfordern, bei gegen 37 Forderungen bewilligt, die zusammen 100 000 ausmachen. Die größte von ihnen war die der Cosmar Corporation, die 85 182 Dollars, die der anderen Forderungen betreffen die von Kriegsgefangenen eingebüßten Habseligkeiten.

Wahlkampf in Amerika.

S. Paris, 29. 11. (Eigenbericht.) Der „New York Herald" meldet aus Chicago, daß gestern der republikanische Präsidentschaftskandidat, Senator Johnson aus Kalifornien, eine halbe Million Dollar überfordern, bei gegen 37 Forderungen bewilligt, die zusammen 100 000 ausmachen. Die größte von ihnen war die der Cosmar Corporation, die 85 182 Dollars, die der anderen Forderungen betreffen die von Kriegsgefangenen eingebüßten Habseligkeiten.

Weitere Einschränkung der Einwanderung nach Amerika.

London, 29. 11. (Eigenbericht.) Nach Meldungen aus Washington wird das dem Kongreß vorgelegene Einwanderungsgesetz die Zahl der Einwanderer noch mehr als bisher einschränken. Das bisherige Gesetz sieht 3 % Einwanderer nach dem Zensus von 1910 zu. Jetzt sollen nur 2 % nach dem Zensus von 1890 zugelassen werden. Präsident Coolidge soll das Gesetz befürworten, das im Kongreß zahlreiche Anhänger finden wird.

Ketzerei.

Von
Dr. Guggenheimer.

II.*)

Auch ein Gemeinplatz ist es seit langer Zeit, daß nur hohe Lohntarife der Arbeitnehmer jene Sicherstellung gegenüber „Stundenlohn" erreichen könne, die ihm einzig frommt. Wohr ist, daß schon im Beginn des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts von Kopf- und Handarbeiter gleich lärmend der Tarif verlangt wurde, und daß heute nicht weniger laut als damals das Verlangen sich unter den wirklich fähigen Elementen die Ablehnung des Tarifvertrages geltend macht. Wie oft konnte im Laufe der letzten Jahre Arbeitgebern und Arbeitnehmern entgegengehalten werden, wenn sie über die schablonenhafte Wertung der Arbeitsleistung im Tarif sich auffreiten, daß doch nicht die Arbeitgeber, sondern die Arbeitnehmer ihm gewollt hätten, und daß es ihr aberdem Grundsatz war, daß alle Gehalts- und Lohnregelung nach Tarif zugunsten, Uns doch heute der allgemeine Vorwurf, daß dadurch der Fähige, der Tüchtige, der Fleißige zurückgedrängt werde auf das Niveau des Durchschnitts, so daß Mißverstimmungen in der Einschätzung seiner Leistung heraufgedrückt werden? Doch das Verlangen, nicht die schablonisierende Einteilung für den Verdienst als maßgebend zu erachten! Daher auch die Entdeckung der neuen Unzulänglichkeit des Tarifvertrages als eines Vertrages, der nur für die einzelnen Klassen das Minimum festsetzen, die Erhöhung nicht ausschließe. Dem entgegen die Praxis! Wehe dem Arbeitnehmer, nicht zuletzt dem Kopfarbeiter, der einer bestimmten Gruppe nun einmal angereiht — notwendigerweise angereiht, weil anders gar nicht unterzubringen — wehe ihm, wenn er innerhalb der Gruppe eine Sonderstellung in Anspruch zu nehmen wagt, erhöhte Einkünfte auf Grund seiner Leistung fordert und erhält. Der erbitterte Feind erfreht ihm in der Person seiner Gruppengenossen. Ihnen gegenüber ist er Verräter gegenüber den Prinzipien des Tarifvertrages. Und doch wirkt auch der Tarifvertrag nicht minder lähmend auf die Arbeitsleistung, auf die Produktionsgesinnung als die beschränkte Arbeitszeit. Die Intensität der Arbeit konnte gesördert werden zum großen Teile beim Handarbeiter durch die allmählich sich wieder einführende Akkordarbeit. Nicht konnte dies gelingen beim Kopfarbeiter, und gerade dessen den Preis des Produktes so hoch belastende produktive Arbeit hat sich, wie alle Statistiken der letzten Zeit ergeben, in beispiellos Maße vermehrt. Recht zuletzt dank dem Tarifvertrage, der gerade auf diesen Gebiete, wo Akkordarbeit unmöglich ist, zur natürgemäßen Streckung der Arbeit infolge der schablonenmäßigen Wertung beitrieben geführt hat. Und wie schädigend dies wirkt die durch den Tarifvertrag eingeführte geringe Spanne gegenüber dem Lohne des ungelernten Arbeiters und des gelernten; wie fast vernichtend für die Ausbildung, die Tüchtigkeit des höherwertigen Facharbeiters. Wie klar liegt zutage, daß die bei aller Berufsfähigkeit des Familienlandes und der Lebensfreudigkeit des Arbeiters in einer Linie stehende Bereitschaft der Lohnleistung nach Arbeitsleistung allein die Produktion fördern, vermehren kann. Auch hier also ein Punkt, auf dem sich alle Kräfte vereinigen müssen! Aber auch hier gilt der Kampf einem Dogma. Ein Kampf, an dem voraussichtlich unter dem Terror der Untüchtigen selbst die tüchtigen und arbeitsfreudigen Elemente der Arbeitnehmerschaft trotz aller Ueberzeugung von der Berechtigung des Kampfes nicht teilzunehmen wagen werden. Und doch wird gerade die Arbeitschaft auch hier die größte Folge der wirtschaftlichen Hebung in verhältnismäßig kurzer Frist zeitigen.

Wie immer wieder zu betonen, muß das zeitlich nicht aufschiebbare, restlose Streben dem einzigen Ziele gelten, möglichst rasch die Produktion zu heben, zu verbilligen, die Produktion dem Auslande zuzuführen, die notwendigen Rohprodukte des Auslandes, die Lebensmittel desselben dem Inlande zu bringen. Ernährung, Kräftigung durch die Leistungen aus den Arbeitern aller Kreise werden. Aber auch hier tritt wieder eine jener Sentenzen hemmend in den Weg. Zunächst, so heißt es, „muß der Etat in Ordnung gebracht werden. Er muß möglichst bald balancieren. Erst dann, wenn dies der Fall, erhält unsere Währung Anerkennung im Auslande. Vorher sind alle Versuche auf diesem Gebiete umsonst." Die Richtigkeit des Satzes ist für normale Zeiten unbestreitbar. Aber wenn ein Volk, ein großer Teil desselben, am Verhungern ist, dann kann die Arbeitsleistung nicht gesteigert werden; dann heißt es zunächst: Nahrung schaffen. Dann muß der Satz umgekehrt werden, dann muß es heißen: „Erst Nahrung vorhanden, dann gearbeitet werden; erst wenn genügend gearbeitet werden kann, können Produkte dem Auslande zugeführt werden; erst wenn dies der Fall, kann der Etat balanciert werden." Die Aufstellung dieses Grundsatzes bekämpft die nuplose, die kleinliche Aufläuterung an letzlimitte Einwahnen des Staates. Die Kampfe sie eine realistische Betrachtung der Sachlage und das Aufzeichtstehen der wirklich Fähe bringenden Maßregeln zugunsten theoretischer Lehrsätze. Zunächst hat deshalb in dieser Weise heraus gedacht werden, durch irgendwelche Erschwerungen den Import der zur Ernährung notwendigen Lebensmittel, den Import der zur Fabrikation notwendigen Rohprodukte, soweit sie das Inland nicht ausreichend und rasch an